

vom 9. Juli 2018

Zu Lasten der Anwohner

Dieser Leser kritisiert, dass Politiker der Luftfahrt zu viel Freiraum lassen („Fraport soll für Schutz der Nachtruhe sorgen“, F.A.Z. vom 21. Juni).

Bei der bestehenden Ostwind-Wetterlage leiden wir nun schon seit vielen Wochen fast rund um die Uhr unter dem von Fraport ausgehenden Lärmterror. Nicht genug des Lärmes tagsüber, nein, hier bestimmt ein ausschließlich auf Gewinnmaximierung getrimmtes Wirtschaftsunternehmen, welches die Regeln der gesetzlichen Nachtruhe außer Kraft gesetzt hat, welches „Schlafbedürfnis“ der Bevölkerung zukommen darf. In der Regel sind es noch nicht einmal sechs Stunden pro Nacht, welche im Juni, ausgelöst durch Landungen nach 23 Uhr und bereits vor 5 Uhr, noch nicht einmal eingehalten worden sind.

Da liegen die Nerven einfach blank, insbesondere wenn man die „Bemühungen“ der Politiker sieht, es hier bei „ernsthaften“ Gesprächen zu belassen, wo die Bemühungen der Luftfahrtlobby, die Akzeptanzgrenzen zu ihren Gunsten zu verschieben, unverkennbar sind. Man komme mir hier bitte nicht mit den allzu oft strapazierten „betrieblichen Notwendigkeiten“. Neben der Vielzahl der selbst nach Experten verzichtbaren „Inlandsflüge“ sind die reinen „Shopping-Tagestouren“ durch die steigende Anzahl von Billigfliegern immer mehr auf Wachstumskurs.

Als reines Freizeitvergnügen dienen diese lediglich der von Fraport angestrebten Profitmaximierung zu Lasten der Anwohner und werden in der Regel zu Preisen durchgeführt, für die heute kaum noch ein Nahverkehrsticket erhältlich ist. Während der Berufspendler, welcher auf sein Auto angewiesen ist, rund 80 Prozent der Treibstoffkosten an Steuern zu entrichten hat, werden diese Flüge ausnahmslos steuerlich subventioniert durchgeführt, das heißt, das benötigte Kerosin wird steuerfrei getankt. Was diese Wettbewerbsverzerrung noch mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen oder gar mit Steuergerechtigkeit zu tun hat, mögen uns die Politiker, die derartige Praktiken unter Einfluss der Luftfahrtlobby ins Leben gerufen haben, doch bitte einmal erklären. Offensichtlich haben hier „Freizeitwerte“ einen höheren Stellenwert als berufliche Aktivitäten. Skandal ist da noch ein zu milder Ausdruck!

Da wir bei der Politik sind: Was haben uns sowohl unsere Landesmutter Malu Dreyer als auch Julia Klöckner vor der Wahl versprochen? Bemühungen um weniger Lärm für die Region. Beide Damen waren Mitglieder im Koalitionsausschuss. Man kann es nachlesen, was dort geschrieben steht: „Ein weiteres Anwachsen des Luftverkehrs darf nicht behindert werden.“ Von dem Grünen Tarek Al-Wazir und seinen vielfältigen, nicht eingehaltenen Versprechen und seiner heutigen Statistenrolle brauchen wir erst gar nicht mehr zu reden. Da ist der Erwartungshorizont wohl gegen null.

■ *Gerhard Franke, Mainz*